
Liebe Leserinnen und Leser,

Ende März hat in Bonn die BBU-Mitgliederversammlung stattgefunden. Inhaltliche und personelle Ergebnisse können in diesem Newsletter nachgelesen werden.

Die Atomkatastrophe in Japan geht auch zum 25. Tschernobyljahrestag weiter, der Widerstand gegen die Atomindustrie auch. Ostermontag finden bundesweit an 12 Atomstandorten große Protestaktionen statt. Infos dazu unter www.tschernobyl25.de. Erkundigt Euch über die Euch nächst gelegene Aktion und beteiligt Euch! Der BBU hat sich besonders um die Vorbereitung der Ostermarsch-Demonstration in Gronau gekümmert; www.ostermarsch-gronau.de.

Traditionell finden Ostern auch die Ostermärsche der Friedensbewegung statt, <http://www.friedenskooperative.de/om2011ndx.htm>. Der BBU wünscht allen Osteraktionen ein gutes Gelingen und den Newsletter-LeserInnen, schöne und bewegte Ostertage.



Ostermarsch Gronau, 2010

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Das BBU-Spendenkonto

Spendenkonto: Sparkasse Bonn (BLZ 37050198), Kontonummer: 1900.2666.

Neue BBU-Vorstandsmitglieder / BBU-MV bekräftigt Forderung nach Sofortausstieg aus der Atomenergie

Die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V. hat bei ihrer Jahreshauptversammlung in Bonn dem bisherigen BBU-Vorstand die Entlastung ausgesprochen. Danach galt es neue Vorstandsmitglieder zu wählen. Inhaltlich befasste sich die Mitgliederversammlung schwerpunktmäßig mit den gesundheitlichen und energiepolitischen Folgen der Atomkatastrophe in Japan sowie mit dem Thema Massentierhaltung.

In den neuen, dreiköpfigen Geschäftsführenden BBU-Vorstand wurden Oliver Kalusch als Kassierer, sowie Peter Schott und Jürgen Rochlitz gewählt. Oliver Kalusch und Peter Schott gehörten bereits dem BBU-Vorstand an. Jürgen Rochlitz wurde erstmalig in den BBU-Vorstand gewählt. Er ist pensionierter Hochschullehrer (Fachrichtung Organische Chemie), Mitglied der Kommission für Anlagensicherheit beim Bundesumweltministerium und Vorstandsvorsitzender der Bürgerinitiative "Gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg" (Elbe). Zudem ist er ex-MdB der Bündnis90-GRÜNEN. Oliver Kalusch (Witten) ist langjähriger Aktivist der Wittener Bürgerinitiative gegen Klärschlammverbrennung und gehört ebenfalls der Kommission für Anlagensicherheit an. Peter Schott (Berlin) engagiert sich bei mobilocal 21 und ist im BBU-Vorstand zuständig für die Themen Gen- und Nanotechnologien.

In den Erweiterten Vorstand des BBU wurden Alfred van Dalen, Ulla Weiss, Horst Eckert und erstmalig Kerstin Desch-Wöhl gewählt. Alfred van Dalen aus Kamp-Lintfort befasst sich als Mitglied der Coordination gegen BAYER-Gefahren mit dem Chemie-Multi BAYER und ist im VSR-Gewässerschutz aktiv. Ulla Weiß ist Mitglied der Wittener Bürgerinitiative gegen Klärschlammverbrennung und engagiert sich in der BBU-AG „Umweltmanagement und Umweltschutz“. Horst Eckert aus dem Wendland (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg) ist Fachmann für Atom Müll, Atomtransporte und die Atom Müll-Endlager-Problematik. Kerstin Desch-Wöhl kommt aus Großenluder und engagiert sich in der Bürgerinitiative „Pro Lebensraum Großenluder“.

Helmut Wilhelm, Manfred Beckmann und Udo Buchholz gehören ebenfalls dem BBU-Vorstand an. Nach ihrer Wahl im Jahr 2010 läuft ihre Amtszeit noch bis 2012. Helmut Wilhelm ist bayerischer Verfassungsrichter und ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Bündnis90-GRÜNEN aus Amberg. Er ist beim Forum Regensburg aktiv und im BBU-Vorstand zuständig für Städtebau und Umweltrecht. Manfred Beckmann (Jesteburg) kümmert sich um die Bereiche Betrieblicher Umweltschutz und Verkehrspolitik. Udo Buchholz (Gronau) gehört dem Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau an, der Widerstand gegen die einzige deutsche Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau leistet.

Inhaltlich befasste sich die BBU-Mitgliederversammlung mit der vielfältigen und schrecklichen Katastrophe in Japan und bekräftigte einstimmig die BBU-Forderung nach einem weltweiten, sofortigen und unumkehrbaren Atomausstieg (weiterer Bericht hierzu folgt). Außerdem forderten die BBU-Delegierten einstimmig ein sofortiges Verbot der Massentierhaltung.

Pressemitteilung des BBU vom 30.03.2011

Kollektion "Atomkraft Nein Danke".

Die Fa. Trendartikel Ralf Knoll bietet BBU-Mitgliedern 20% Rabatt auf die unten aufgeführten Preise der Kollektion „Atomkraft Nein Danke“. In der Kollektion gibt es u. a.



- Fahnen 90x150 in verschiedenen Sprachen und als Besonderheit auf japanisch, € 12,95
- T-Shirt Kinder Größe 116-164, 100% Baumwolle, Farbe gelb, € 10,50
- T-Shirt Erwachsene Größe M-L-XL-XXL, 100% Baumwolle gelb und schwarz lieferbar, € 12,50
- Cap, 100 % Baumwolle, Größe verstellbar, Stoffverschluss mit hochwertiger Einstickung, € 10,50
- Stofftasche, 100% Baumwolle, Farbe: schwarz und gelb lieferbar, € 6,-
- Gestickte Aufnäher, versch. Motive, Baumwolle, € 3,50

Bei Interesse Kontaktaufnahme über die BBU-Geschäftsstelle unter 0228-214032 oder direkt über Tel. 0711-4791133

2. Themenbereiche

Anlagensicherheit

KAS veröffentlicht Entwurf einer Technischen Regel zu Anlagensicherheit und Klimawandel

Seit Jahren fordern die Umweltverbände konsequente Maßnahmen zur Verhinderung der Klimakatastrophe. Die Reduzierung von Treibhausgasen, der Verzicht auf Kohlekraftwerke und die Umstellung der Energieversorgung auf regenerative Energiequellen sind dabei unverzichtbare Elemente. Doch auch bei einem schnellen Umstieg werden erhebliche Klimaveränderungen aufgrund der bisherigen Emissionen eintreten und lokal zu gravierenden Änderungen des Wetters führen. Starkregen, Dauerregen und Schneeschmelzen können in den nächsten Jahren örtlich zu erheblichen Gefährdungen führen. Diese können durch Überflutungen und temporär stark ansteigende Grundwasserspiegel entstehen.

Davon können auch Industrieanlagen betroffen sein, die ein besonders hohes Gefahrenpotential besitzen. Für diese Anlagen, die unter den Geltungsbereich der Störfall-Verordnung fallen, hat die Kommission für Anlagensicherheit (KAS) den Vorentwurf einer Technischen Regel Anlagensicherheit (TRAS) „Vorkehrungen und Maßnahmen wegen der Gefahrenquellen Niederschläge und Hochwasser“ erstellt. In ihr ist dargestellt, wie eine Gefahrenquellenanalyse, eine Analyse der Gefahren und Gefährdungen, eine Erarbeitung des Schutzkonzepts und eine Betrachtung von „Dennoch-Störfällen“ erfolgen sollen. Die TRAS empfiehlt, das Konzept auch auf alle übrigen, nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigungsbedürftigen Anlagen anzuwenden.

Der TRAS-Vorentwurf einschließlich ergänzender Literatur und Hintergrundinformationen ist unter www.kas-bmu.de/publikationen/tras_pub.htm zu finden und kann von der Öffentlichkeit kommentiert werden. Änderungsvorschläge können bis spätestens 29.04.2011 bei der KAS-Geschäftsstelle (kas[at]gfi-umwelt) eingereicht werden.

Oliver Kalusch, Geschäftsführendes BBU-Vorstandsmitglied und BBU-Vertreter in der KAS

Atomindustrie

28. März: BBU erinnert an die Harrisburg-Katastrophe

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V. erinnert an den 32. Jahrestages der Reaktorkatastrophe im amerikanischen Atomkraftwerk Harrisburg (28.03.1979) und ruft auch für den Montag als Jahrestag erneut zu bundesweiten, dezentralen Montags-Aktionen und Mahnwachen gegen die Atomenergienutzung auf. Eine Übersicht geplanter Aktionen befindet sich im Internet unter www.ausgestrahlt.de.

Nach Auffassung des BBU war schon vor der Harrisburg-Katastrophe bekannt, dass der Betrieb von Atomkraftwerken und Uranfabriken unverantwortlich ist. Zu den folgenden Katastrophen von Tschernobyl und jetzt in Japan hätte es nicht kommen dürfen. Jetzt gilt es, dem atomaren Horror weltweit ein Ende zu bereiten, und das sofort!

Der BBU bewertet die Großdemonstrationen vom Samstag als eindeutiges Zeichen dafür, dass die absolute Mehrheit der Bevölkerung jetzt und unumkehrbar den Atomausstieg fordert. "Die Bundesregierung muss dieses Zeichen erkennen und danach handeln. Der Schutz der Bevölkerung muss endlich Vorrang vor den Interessen der Atomindustrie bekommen", so Udo Buchholz vom Vorstand des BBU.

An den 4 Großdemonstrationen am Samstag haben sich auch Mitgliedsinitiativen des BBU beteiligt. Zudem hatten Mitglieder des BBU am Samstag im Rahmen der BBU-Jahreshauptversammlung des BBU mit einer Mahnwache vor dem Bonner Hauptbahnhof der Opfer in Japan gedacht. Gleichzeitig demonstrierten sie für den weltweiten sofortigen und unumkehrbaren Atomausstieg und riefen die Bevölkerung zu weiterem Engagement gegen die Atomindustrie auf, z. B. durch die Teilnahme an der NRW-weiten Demonstration in Gronau, die zur Urananreicherungsanlage führen wird. (Infos: www.ostermarsch-gronau.de).

Hintergrundinformationen zur Atomkatastrophe von Harrisburg u. a. unter <http://www.umweltlexikon-online.de/RUBsonstiges/Harrisburg.php>
Pressemitteilung des BBU vom 27.03.2011

Bundeskanzlerin Angela Merkel bedankt sich beim BBU

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) für dessen langjähriges Engagement gegen die Atomenergie bedankt. In einem Telegramm an den BBU, das der Verband heute in Bonn veröffentlicht hat, schreibt die Kanzlerin: „Bereits seit 1972 warnt der BBU vor den Gefahren der Atomenergie. Immer haben sich die Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen aktiv zur Wehr gesetzt. Wenn die internationale Politik auf den BBU als Verband und auf die angeschlossenen Bürgerinitiativen gehört hätte, wäre es nicht zu den Katastrophen in Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima gekommen. Die Bundesregierung setzt auf das ehrenamtliche Engagement der Bevölkerung. Bleiben Sie sich bis zum 40. Geburtstag Ihres Verbandes im Jahre 2012 treu und lassen Sie auch danach nicht locker. Mit Radioaktivität ist nicht zu spaßen!“

Pressemitteilung des BBU vom 01. April 2011

+++++

Bei seiner Mitgliederversammlung in Bonn hat der BBU intensiv über die Katastrophensituation in Japan gesprochen. Der Vorstand des BBU fasst die Diskussion und die daraus resultierenden Forderungen folgendermaßen zusammen und erklärt:

Fukushima bedeutet eine Zeitenwende – sofortige und weltweite Stilllegung aller Atomanlagen

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) wurde 1972 gegründet und hat seine Wurzeln besonders in der Anti-Atomkraft-Bewegung der frühen 70er Jahre. Der BBU war maßgeblich an der Verhinderung des AKW Wyhl, an der Verhinderung der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und an den Protesten zur Stilllegung der Hanauer Atomanlagen beteiligt. Der BBU war bereits vor den Atomkatastrophen von Harrisburg (1979) und Tschernobyl (1986) aktiv und hat sich immer vehement gegen neue Atomkraftwerke und Atomanlagen sowie für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen engagiert. Für den BBU war es leider klar, dass rund 25 Jahre nach Tschernobyl jederzeit eine neue Atomkatastrophe zu befürchten war. Nach wie vor ist völlig unbekannt, wie und wo der ständig anfallende Atommüll sicher und dauerhaft für einen Zeitraum von 40.000 Generationen gelagert werden kann. Bisherige Endlagerversuche sind kläglich und gefährlich gescheitert, sogenannte Zwischenlager und der ständige Atommüll-Tourismus sollen die Unmöglichkeit der sicheren Entsorgung verschleiern. Atomanlagen sind nicht beherrschbar und Störungen und Unfälle gehören zum Tagesgeschäft der Atomanlagen. Und dennoch stellt das Unfassbare, das sich in Japan ereignet hat und auch noch weiterhin ereignet, eine Schreckenszenerie dar, die man sich kaum ausmalen konnte. Gleich mehrere Atomreaktoren sind betroffen, offenbar sind mehrere Kernschmelzen im Gange, die Radioaktivität in Wasser und Luft nimmt ungeahnte Ausmaße an, Lebensmittel sind belastet, zwingend erforderliche Evakuierungen sind nahezu unmöglich und ein Ende der Katastrophe ist nicht absehbar. Der atomare Schrecken hat einen neuen Namen: Fukushima.

Internationale Hilfe ist das Gebot der Stunde

Die Situation in Japan nach der Erdbebenkatastrophe und angesichts der zerstörten Atomkraftwerke löst weiterhin und zunehmend weltweites Entsetzen, Mitgefühl mit der japanischen Bevölkerung und auch Hilflosigkeit aus. Der

BBU und seine Mitgliedsgruppen bringen zum Ausdruck, dass jetzt internationale Hilfe das Gebot der Stunde ist. Der BBU betont gleichzeitig, dass gerade jetzt der richtige Zeitpunkt für die Debatte über die Zukunft der Atomenergie ist. Wer jetzt die Diskussion über das Ende der Atomenergienutzung unterbinden will, macht sich zum Handlanger der Atomindustrie.

Eine radikale Wende muss erfolgen

Wer bisher - aus welchen Gründen auch immer - die Nutzung der Atomenergie befürwortet hat, muss spätestens jetzt erkennen, dass wir hautnah eine Zeitenwende erfahren. Ein "weiter so" kann und darf es nicht geben. Es muss eine radikale Wende erfolgen - hin zu einer umweltfreundlichen, nachhaltigen Energieversorgung, und weg von der monsterhaften Atomenergienutzung. Und das sofort! Alle Atomkraftwerke, Uranfabriken, Forschungsreaktoren und Atommüll-Fabriken müssen sofort stillgelegt werden, weltweit und unumkehrbar. Es darf kein weiterer Atommüll mehr produziert werden und es darf keine Atomwaffenproduktion mehr geben. Die Katastrophe von Fukushima kann sich jederzeit an einem anderen Atomstandort wiederholen, wenn auch in anderer Form. Die Atomtechnik ist grundsätzlich nicht beherrschbar und menschliches Versagen kann nie ausgeschlossen werden. Das mag in anderen Zusammenhängen tolerierbar sein, bei der Nutzung der Atomenergie aber nicht.

Aufruf zu Demonstrationen am Ostermontag

Der BBU ruft in dieser Situation zum verstärkten Widerstand gegen die Atomanlagen, gegen die Atomkonzerne und gegen die parlamentarische Atomlobby auf. Der BBU ruft weiterhin zu dezentralen Montagsmahnwachen auf und er ruft zur Teilnahme an den großen Demonstrationen und Kundgebungen auf, die Ostermontag an 12 Atomstandorten im ganzen Bundesgebiet durchgeführt werden. Informationen hierzu unter www.tschernobyl25.de.

Königin in der Bundesrepublik – BBU gegen Atomanlagen in den Niederlanden

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat anlässlich des Besuchs der niederländischen Königin in der Bundesrepublik vor den Gefahren der Atomanlagen in den Niederlanden gewarnt. Der Umweltverband, der seinen Sitz in Bonn hat, fordert grundsätzlich die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen und engagiert sich auch besonders gegen die Atomindustrie im Nachbarland Niederlande. BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz wohnt selber im westfälischen Gronau an der Grenze zu den Niederlanden und erklärt: „Ein schwerer Störfall im Atomkraftwerk Borssele hätte auch Auswirkungen auf die Bundesrepublik. Der BBU fordert das Aus für das AKW Borssele und hat auch in der Bundesrepublik Einsprüche gegen den drohenden Bau weiterer Atomreaktoren am Standort Borssele gesammelt. Der BBU ist Mitglied im COMITÉ 'BORSSELE II, NEE'“ Nähere Informationen über das Aktionsbündnis gegen das AKW Borssele gibt es im Internet unter www.borssele2nee.nl.



Weiterhin unterstützt der BBU den Widerstand gegen den Betrieb und Ausbau der niederländischen Urananreicherungsanlage (UAA) im grenznahen Almelo. Die Kapazität der Anlage soll auf 6200t Urantrennarbeit pro Jahr erweitert werden. Mit der gesamten Kapazität könnte in Almelo jährlich Uran für den Betrieb von ca. 50 Atomkraftwerken vorbereitet werden. Sowohl in Almelo als auch in Gronau, hier steht die deutsche Urananreicherungsanlage, sollen Ostermontag Ostermarschdemonstrationen durchgeführt werden. Informationen dazu unter www.enschedevoorvrede.nl und www.ostermarsch-gronau.de.

Der BBU ist maßgeblich an der Vorbereitung des Gronauer Ostermarsches beteiligt. Die Ostermarsch-Demonstration, zu der in ganz Nordrhein-Westfalen mobilisiert wird, findet im Rahmen bundesweiter Anti-Atomkraft-Demonstrationen statt, die Ostermontag zeitgleich an 12 Atomstandorten durchgeführt werden. Umfangreiche Informationen dazu unter www.tschernobyl25.de. Die bundesweiten Aktionen wurden ursprünglich anlässlich des 25. Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe geplant, stehen jetzt aber auch unter dem Zeichen der japanischen Atomkatastrophe.
Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 15.04.2011

Osterdemonstration - 25 Jahre Tschernobyl: NRW-Landesregierung soll die Betriebsgenehmigungen der Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) sofort aufheben / 50 Busse aus ganz NRW fahren Ostermontag nach Gronau

Düsseldorf/Gronau, 21.04.2011 - Die deutsch-niederländische Grenzstadt Gronau erwartet am Ostermontag die bisher größte Anti-Atomkraft-Demonstration. Rund 130 Bürgerinitiativen, Verbände und Parteigliederungen rufen zur Teilnahme an der Ostermarsch-Demonstration zur Urananreicherungsanlage (UAA) in der westfälischen Kleinstadt auf. Laut Mitteilung des landesweiten Trägerkreises des Gronauer Ostermarsches wurden bereits mehr als 50 Sonderbusse aus ganz NRW registriert, die am Montag nach Gronau fahren werden. Die Demonstration beginnt Ostermontag um 14.00 Uhr am Gronauer Bahnhof, der Demonstrationzug führt an der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage vorbei und endet mit einer Abschlusskundgebung in der Nähe der Anlage. Informationen zum Verlauf der Demonstration, über die unterstützenden Organisationen, über Anreisemöglichkeiten usw. gibt es im Internet unter www.ostermarsch-gronau.de.

Mit der Demonstration in Gronau soll gegen den Betrieb der Gronauer Urananreicherungsanlage demonstriert werden. „Von der Landesregierung wird die sofortige Aufhebung der Betriebsgenehmigungen gefordert. Die Anlage ist nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert und eine sichere Entsorgung des in großen Mengen anfallenden Uranmülls ist nicht gegeben“, so Udo Buchholz, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Weiterhin wird in Gronau die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen in NRW und weltweit gefordert. Die Demonstration in Gronau findet im Rahmen bundesweiter Anti-Atomkraftaktionen statt: Gleichzeitig wird Ostermontag vor 12 Atomanlagen demonstriert. Die Proteste gegen die Atomindustrie erfolgen vor dem Hintergrund der Atomkatastrophe in Japan und fast genau 25 Jahre nach der Tschernobyl-Katastrophe in Russland (www.tschernobyl25.de).

„Die klare Botschaft aus Fukushima ist: Eine Technik, die keine Fehleinschätzung verzeiht und solche langandauernden, nicht wieder gut zu machende Schäden verursacht, kann niemand verantworten“ sagte Paul Kröfges, NRW-Landesvorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). „Daher gilt: Das Grundrecht auf Leben und Gesundheit steht über dem Recht auf Gewinnerzielung – Atomkraft verstößt gegen das Grundgesetz!“ Eine friedliche Nutzung der prinzipiell unbeherrschbaren Atomkraft sei nichts als eine Fiktion der Atomlobby.

Im Schulterschluss mit den Ostermärschen der Friedensbewegung wird in Gronau auch gegen die militärische Nutzung der Atomindustrie demonstriert. Joachim Schramm, Landesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen NRW erklärt dazu: "NRW ist nicht nur von Atomkraftwerken umgeben, sondern an seiner Westseite auch von US-Atomwaffen: in Rheinland-Pfalz, in Belgien und den Niederlanden. Die in Gronau verwendete Technologie kann auch zur Herstellung von atomwaffenfähigem Uran genutzt werden. Die zivile Nutzung von Atomkraft ist das Einfallstor zur Herstellung von Atomwaffen, wie wir es in Ländern wie Pakistan und anderen beobachten konnten. Daher gehen Ostermontag Atomkraft- und AtomwaffengegnerInnen gemeinsam auf die Straße."

Informationen zum Ostermarsch Ruhr unter www.ostermarsch-ruhr.de. Grenzüberschreitend solidarisieren sich die Aktiven der NRW-Friedens- und Umweltbewegung mit dem niederländischen Ostermarsch, der zur Urananreicherungsanlage in Almelo führt (www.enschedevoorvrede.nl).

Spenden zur Finanzierung des Gronauer Ostermarsches werden auf folgendes Konto erbeten: Natur- und Umweltschutzverein Gronau e.V., Volksbank Gronau, BLZ: 401 640 24, Kontonummer: 143 196 100, Stichwort: Ostermarsch Gronau. Weitere Links zu Umwelt- und Friedensorganisationen:

www.aku-gronau.de, www.bbu-online.de, www.urantransport.de, www.bund-nrw.de, www.friedenskooperative.de, www.urgewald.de, www.nrw.dfg-vk.de, www.laka.org.

Organisiert wird die Gronauer Demo vom landesweiten Trägerkreis „Gronauer Ostermarsch“: Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, NRW-Landeskonferenz gegen Atomkraft, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) NRW, politische Gruppen und Parteien aus ganz NRW, Netzwerk Friedenskooperative, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V., Die Linke Gronau, Grün Alternative Liste (GAL) Gronau, SPD-Fraktion im Rat der Stadt Gronau.

C02-Endlagerung

BBU: Bürgerinitiativen lehnen Kohlendioxidspeicherung und Akzeptanzgespräche ab / Gesundheit muss Vorrang haben

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und seine Mitgliedsinitiativen, insbesondere die Bürgerinitiative "Gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg", die Bürgerinitiative "CO2-Endlager stoppen", der VSR-Gewässerschutz und die Bürgerinitiative "Kein CO2-Endlager Altmark", lehnen weiterhin das geplante "CCS-Gesetz" zu Abspaltung, Transport und Speicherung von Kohlendioxid ab; CCS steht für Carbon Dioxide Capture and Storage. Die bundesweite Umweltorganisation und die Bürgerinitiativen sehen grundlegende Risiken in der drohenden unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid (CO₂). Aufgrund einer EU-Richtlinie soll das Gesetz bis zum 25. Juni in Kraft treten. Artikel 4 der Richtlinie eröffnet aber auch die Möglichkeit, keinerlei Speicherung im jeweiligen Mitgliedstaat zuzulassen. "Die Bundesregierung muss die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung im Auge haben. Die Regierung muss von der Möglichkeit Gebrauch machen, CCS in Deutschland faktisch zu untersagen“, so Oliver Kalusch vom geschäftsführenden Vorstand des BBU. Die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz forderte bereits im Frühjahr 2010 von der Bundesregierung im zukünftigen CCS-Gesetz festzulegen, dass in Deutschland keine Speicherstätten für CO₂ zugelassen werden.

Mit seiner neuerlichen Ablehnung der CCS-Technik reagiert der BBU auch auf den 3. CCS-Kongress, der in der letzten Woche in Berlin getagt hatte. Bei dem Kongress, an dem TeilnehmerInnen aus Politik und Wirtschaft vertreten waren, ging es vornehmlich darum, für Zustimmung (Akzeptanz) in der Bevölkerung zu der umstrittenen Kohlendioxid-Speicherung zu werben.

Der Vorschlag des CCS-Kongresses, die nicht vorhandene Akzeptanz von CO₂-Endlagern in ca. 1000 m Tiefe durch einen Mediationsprozess zu erreichen, wird vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz grundlegend abgelehnt. Die im BBU organisierte Bürgerinitiative "Gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg" erklärt dazu: "Die nicht

vorhandene Akzeptanz kann nicht in ihr Gegenteil verkehrt werden; einen Kompromiss zwischen Ablehnung und Befürwortung kann es nicht geben. Ein angeblich ergebnisoffener Prozess, der am Ende einen Kompromiss anstrebt, läuft – wie bei vorangegangenen Schlichtungsverfahren zu Stuttgart 21 und zum Frankfurter Flughafen – auf einen Betrug an den Gegnern hinaus." Jürgen Rochlitz, er ist Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative und zudem auch Mitglied des geschäftsführenden BBU-Vorstand, erklärt: "CCS ist wie die Atomtechnik eine Risikotechnik, deren Ausgang nicht kalkulierbar ist. Wer glaubt, die Milliarden Tonnen CO₂ aus Kraftwerken und Industrieanlagen Deutschlands mit hohem Druck in den geologischen Untergrund Norddeutschlands verpressen zu können, ohne dass CO₂-Austritte, Grundwasserversalzenungen oder andere Störfälle auftreten, fällt auf eine der größten anzunehmenden Dummheiten der Technikgeschichte herein." Ergänzend betont Christfried Lenz von der Bürgerinitiative "Kein CO₂-Endlager Altmark": "Beim Frankfurter Flughafen oder Stuttgarter Bahnhof ist es technisch möglich, diese Projekte jederzeit wieder zurück- oder abzubauen. Wenn Millionen Tonnen CO₂ in den Untergrund gepresst sind, lässt sich dies nicht rückgängig machen. Bei CCS geht es um ein Entweder Oder, so dass hier ein Kompromiss prinzipiell unmöglich ist."

Der BBU und seine Mitgliedsinitiativen sind stark daran interessiert, über die Optionen zur Vermeidung und Verminderung von CO₂-Emissionen zu diskutieren. Allzeit praktikable und risikofreie Technologien hierfür sind bekannt. Wir erwarten seitens der Politik ein ernsthaftes Gesprächsangebot. Eine an den konkreten Lebensinteressen der Menschen statt sich an ökonomischen Interessen von Konzernen orientierende Debatte ist dringend erforderlich!

Weitere Informationen zur Kohlendioxid/CCS-Problematik gibt es im Internet u. a. auf den folgenden Internetseiten, die von Mitgliedsinitiativen des BBU geführt werden: www.gegen-steinkohlekraftwerk-arneburg.de, www.vsr-gewaesserschutz.de; www.kein-co2-endlager-altmark.de und www.co2-endlager-stoppen.de.

Pressemitteilung des BBU vom 06.04.2011

Kohlekraftwerke

Kohlekraftwerk Krefeld stoppen

Rund eine Milliarde Euro wollen die Stadtwerke in den Bau des Kohlekraftwerks in Krefeld investieren. Nach Inbetriebnahme würde es jährlich über vier Millionen Tonnen CO₂ in die Atmosphäre blasen, und so den Klimawandel und die Folgen für die Menschen in den armen Ländern weiter verschärfen. Selbst die großen Energiekonzerne nehmen mehr und mehr Abstand von der Dinosaurier-Technologie der Kohleverstromung – doch ausgerechnet die Stadtwerke, die den Bürger/innen verpflichtet sind, wollen weiter auf den Klimakiller setzen.

Im Mai werden die sieben Stadtwerke (Flensburg, Fulda, Jena, Herzogenrath, Moers, Soest und Ulm) entscheiden, ob ihre Kundinnen und Kunden künftig mit schmutzigem Kohlestrom versorgt werden – oder ob stattdessen ein viel klimafreundlicheres Gaskraftwerk gebaut wird.

Unterzeichnen Sie jetzt den Appell an die Stadtwerke! Fordern Sie mit uns, dass auf den Neubau des Kohlekraftwerks verzichtet wird: <http://www.campact.de/klima/sn13/signer> .

Quelle und weitere Infos: <http://www.oxfam.de/mitmachen/keine-kohle-fuer-kohle-krefeld>

Stromwechsel

„Stromrebellin“ mit Goldman Environmental Prize ausgezeichnet

Ursula Sladek erhält für ihren Kampf gegen Atomstrom international renommierten Umweltpreis

San Francisco, 11. April 2011: Die Gemeinde Schönau im Schwarzwald ist seit 1999 unabhängig von Atomstrom. Das verdankt sie maßgeblich dem Engagement von Ursula Sladek. Elf Jahre nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl übernahm Ursula Sladek gemeinsam mit anderen Aktivisten und gegen den Widerstand der etablierten Strommonopolisten das regionale Stromnetz. Sie gründete die Elektrizitätswerke Schönau (EWS), das erste bürger-eigene Energieversorgungsunternehmen in Deutschland, und lieferte ihren Kunden von nun an Atomstromfreien und klimafreundlichen Strom. Das „Modell Schönau“ ist bundesweit ein Vorbild für dezentrale Stromversorgung geworden. Für ihren bedeutenden Beitrag zur Demokratisierung der Stromversorgung erhielt Ursula Sladek heute in San Francisco den Goldman Environmental Prize, einen der wichtigsten Umweltpreise weltweit.

Aus einer Pressemitteilung von EWS Schönau vom 11.04.2011.

Der BBU kooperiert mit EWS Schönau, Details unter <http://www.bbu-online.de/EWS/EWS1.htm>.



Impressum

BBU-Newsletter Nr. 4/ 2011, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.05.2011. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.